

antwortete darauf, kam es zu einem bekannten zu Paul Begegnung, gab dieser ihm Weges gehen wollte, dieser ließ ihm noch 15 Minuten, bis der jüngere Bruder kam. Als er mit diesem verschwunden, stellte sich in dem benachbarten wohnt. Bis zu diesem gefunden worden. Eine amerikanische ameche der erste Zug auslief wurde, und kochte und ihrem Ton an Bord der entfernt. — Welch

von die Carter der Erfinder Mc Holmes in Bild und sich in einem Hotel und seines Selbstq hat nicht weniger Eaters erstanden. Innenhaltshöhlen. hatte dieser Tage zu nehmen, den ein von eines der ersten ist. In dem Brief steht heuer pro Tag sel., und die Verlebe, häme ein Ju-kronen, hinau. Der sind 15000 Kronen. Wöhrennung nach pro Tag 74150 h das tägliche Bab kostet, der glückliche Flasche guten täglich Trinkgeldes geben müsse, herabzugeben erforderlich noch, wenn man die 10 Kronen berechnet. In diesem Kurort, noch die Reisekosten nicht viel unterschreiten — muß ein Mensch Hotel wohnen zu Stellen Österreichs am unklaren

wie gefüllt die der sozialig, Vater! — die Seite an." Ich wendet wird.

strift eben das ver-
nu, was geht denn
geht was zuerst!"

n-Gallenberg.

Utarplatz der Kirche
(Frauen) „Rein blei-
ene Freude?"

fleisch
gasse 2.

z dieses Blattes

old
eb. Landgraf.

Lichtenstein-Collnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Collnberg, Hobndorf, Röditz, Bernsdorf, Rüsdorf, St. Egidien, Heidelsort, Marienau, den Müllengrund, Rübschnappel und Tirschein.



Erscheint täglich, außer Sonn- und Festtagen, nachmittags.
Bezugspreis: 20.— Pf. monatlich frei ins Haus, durch die Post bezogen 60.— Pf. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Zeitungsträger entgegen. — Einzelnummer 90 Pf.

Anzeigenpreis: Die sechspfälzige Grundseite wird mit 2.— Pf. für auswärtige Besteller mit 2,25 Pf. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile kostet die dreieckige Zeile 4,50 Pf. für Auswärtige 5.— Pf. Schluss der Anzeichenannahme vorm. 9 Uhr. Fernprecher Nr. 7. Drahtanschrift: "Tageblatt". Postcheckkonto Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft, sowie des Stadtrates zu Lichtenstein-Collnberg. Druck u. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., Inh. Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes.

Nr. 107

Dienstag, den 9 Mai 1922

72 Jahrgang.

Kurze wichtige Nachrichten.

* Die nächste Vollistung des Völkerbundes soll am 4. September in Genf stattfinden.

* Die Blätter melden aus Genua, daß bei dem gegenwärtigen Stadium der Konferenz an eine Reihe des Reichskanzlers zur Berichterstattung nach Berlin auch nur für einige Tage nicht zu denken sei. Die anwesenden schwedischen Verhandlungsmänner die Anwesenheit des Reichskanzlers dringend notwendig.

* Der deutsche Finanzminister Dr. Hermann zusammen mit Staatssekretär Bergmann werden am Mittwoch oder Donnerstag in Paris erwartet, um der Reparationskommission die Lage Deutschlands darzulegen.

* Ein Teil der russischen Delegation, die unter Führung Zoffes am Montag früh in Berlin eingetroffen war, ist am Montag abend entgegen den ursprünglichen Absichten, ohne Aufenthalt nach Moskau weitergereist.

* Der Streit auf der Zehn Dorfseit mit seinen Wirkungen ist nach der Rheinisch-Westfälischen Zeitung noch immer nicht beigelegt. Gegenwärtig befinden sich zehn Jäger im Streife. Drei Jäger — Hamborn, Karoline und Margarete — sind neu hinzugekommen.

* Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, dürfte, soweit es sich bis jetzt übersehen läßt, die Übergabe der oberösterreichischen Gebiete an Deutschland und Polen im Laufe des Juni erfolgen.

* Nach Blättermeldungen wurden in Marbach in den letzten Tagen zahlreiche Kommunistenführer verhaftet.

Deutsches Reich

Ernennungen im sächsischen Verwaltungsdienst.

Dresden. Zum Kreishauptmann von Chemnitz war Ministerialdirektor Dr. Streit vorgesehen worden. Dr. Streit hat jedoch gebeten, aus Gründen persönlicher Natur von seiner Ernennung abzuweichen. Die Frage der Besetzung der Kreishauptmannschaft Chemnitz bleibt infolgedessen noch offen. Regierungsrat Dr. Jungmann von der Amtshauptmannschaft Borna ist durch Beleihung des Gesamtministeriums zum Amtshauptmann von Bautzen, der Dresden Stadtverordnetenvorsteher Rühn zum Amtshauptmann von Großenhain ernannt worden. — Amtshauptmann Dr. Jungmann ist schon seit einer Reihe von Jahren Regierungsrat an der Amtshauptmannschaft Borna. Er ist der Sohn des Leibgerichts Geheimrats Jungmann, des ehemaligen Kellors der Leipziger Thomaschule. — Amtshauptmann Rühn ist Jagdmacher, war sozialdemokratischer Parteisekretär für Sachsen, gehörte der Volkssänger als sozialdemokratischer Abgeordneter an, trat dann in das Ministerium Gründnauer als Minister des Innern ein und mußte bei dem Eintritt der Unabhängigen in die Regierung diesen Posten an Lipinski abgeben. Gegenwärtig gehört Rühn dem sächsischen Landtag an und war seit Beginn dieses Jahres Stadtverordnetenvorsteher von Dresden.

Weitere Verschärfung der Reichsfinanzen.

Berlin. Der vorliegende Abdruck für April d. J. weist eine allgemeine Steigerung der Einnahmen des Reiches an Zöllen und Steuern im Betrage um je generell 35 Prozent auf, denen eine Erhöhung der Auslagen gegenüber im Vorjahr um 60,5 Prozent parallel geht. Die Mehrausgaben entfallen über die Hälfte auf Reichszuschüsse für Eisenbahn- und Postamt.

Die Zwangsanleihe vor dem Reichsrat.

Dem Reichsrat ist nunmehr der Gesetzentwurf über die Zwangsanleihe zugegangen. Die Regierung wünscht, daß die Beratungen innerhalb von acht Tagen beendet werden, damit der Reichsrat noch vor dem 31. Mai sich mit der Vorlage beschäftigen kann. Einzelne Punkte des Regierungsentwurfes durften zu eingehender Debatte im Parlament Anlaß geben.

Hermes und das Kabinett Wirth.

Die Sozialistische Korrespondenz richtet einen bestigen Angriff auf den Reichsfinanzminister Dr. Hermes, den sie beschuldigt, er zielt daraus auf, das Kabinett Wirth zu stürzen. Sie schreibt: Wenn wir trotz der Erfolge des Kabinetts annehmen, daß es bald gestürzt werden wird, so führen sich diese Vermutungen auf die Rolle, die Dr. Hermes in Genua gespielt hat, und auf die Aktion, die er

in Paris fortsetzen wird. Dieser bedenkenloser Streber und Hintertrüger arbeitet unermüdlich daran, das Kabinett Wirth von innen auszuhöhlen und von außen auch von Paris und London zu berennen. Sobald die Konferenz von Genua beendet ist, wird mit allem Nachdruck und mit aller Deutlichkeit darüber zu reden sein. — Man wird die angekündigten Auflösungen, die die Sozialistische Korrespondenz in ihren Augenbild doppelt auffälligen Angriffen verspricht, abzuwarten haben.

Die polnische Brandstiel an der deutschen Grenze.

Der Verband für Verteidigung der polnischen Westmark hat sich in einem offenen Brief an die deutschen Bürger des polnischen Staates gewandt und ihnen die Verantwortung für eine Reihe von Mordtaten zugeschrieben. Das offizielle Blatt „Gazeta Gdanska“ bringt die Ermordung des Dr. Styrzynski in Verbindung mit einer angeblichen breiten deutschen Aktion, die die Unterführung der deutschen Regierung habe. Das Blatt führt zum Beweise ein Schreiben des preußischen Ministers des Innern vom 30. September 1921 an, in dem ersucht wird, Ermittlungen über Dr. St. anzustellen, ihn zu beobachten und gegebenenfalls eine Haftsucht bei ihm vorzunehmen. Von zuständiger Stelle wird dazu bemerkt, daß ein derartiges Schreiben niemals ergangen ist und daß infolgedessen die Holzgerungen des Danziger Blattes nur einen gewissenlosen Veruch darstellen, die deutschen Regierungsstellen im Zusammenhang mit dem bedauerlichen Mord an Dr. St. zu bringen. Im übrigen ist, wie wir erfahren, wegen des Aufruhrs des polnischen Westmarkvereins, der die polnische Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegen die deutsche aufwiegelt, der deutsche Gesandte in Warschau angewiesen worden, bei der polnischen Regierung Vorstellungen zu erheben und sofortige Maßnahmen zum Schutz der Deutschen zu verlangen.

Wie der französische Wiederaufbau aus der Nähe aussieht.

In einer zahlreich besuchten Vertreterversammlung der Gemeinden des oberelsässischen Kriegsgebietes wurde über das langsame Fortschreiten der dort notwendigen Wiederaufbaurbeiten und über amtliche Sklavereien der französischen Behörden aufsäsig offen und energisch Klage geführt. Die Mehrzahl der auf der Versammlung vertretenen Einwohner des oberelsässischen Kriegsgebietes haben bis heute noch keinen einzigen Centime für Wiederaufbau erhalten.

Die Braunschweiger USP. fordert Neuwahlen.

Braunschweig. Die leitenden Räterschaften der USP. haben zu der durch den Sturz der braunschweigischen Regierung eingetretene Lage in der Frage der Regierungsbildung Stellung genommen. Mit 53 gegen 3 Stimmen wurde eine Erklärung beschlossen, die besagt: Durch den Übertritt des Renegaten Verter auf die Seite der bürgerlich-kapitalistischen Minderheit des Landtages ist Stimmengleichheit im Landtag herbeigeführt, der sozialdemokratische Regierung die Börs entzogen und der Wählerwillie verstoßen worden. Jeder Versuch, durch Hinzuziehung bürgerlich-kapitalistischer Parteien eine neue Regierung zu bilden, würde eine Vergewaltigung des freien Willens der sozialistischen Wählermehrheit fördern. Deshalb fordert die USP. die Auflösung des Landtages und die sofortige Neuabnahme von Neuwahlen.

Ausland.

Der Petroleumkrieg in Genua.

Moskau. Zu dem Streit um die russischen Petroleumquellen, worauf auch der belgische Widerstand gegen das russische Memorandum zurückzuführen ist, behauptet der Genuese Secolo, daß zwischen England und Russland kurz nach der Genueser Konferenz ein Abkommen geschlossen werden soll, für das schon jetzt alle Einzelheiten vorbereitet seien. Darauf sollen die Quellen von Batu und Großen von zwei Gesellschaften des Stell-Trustes übernommen werden, die sich den Ausbau der Rohrleitungen und die Abföhren gesichert haben sollen. Die Russen würden das Recht auf 25 Prozent der Produktion erhalten, während das übrigbleibende Petroleum auf Rechnung des Trustes verwendet und veräußert werden soll. — Und Deutschland?

Japan und der deutsch-russische Vertrag.

Nichts zeigt mehr die Gebundenheit der japanischen Politik, als daß die Vertreter des Mikados in Genua die Protestnote der Entente gegen den Abschluß des deutsch-russischen Vertrages mit unterschrieben haben. Denn die große Frage aller japanischen Außenpolitik bleibt doch die mit Sicherheit zu erwartende Auseinandersetzung mit dem Angelsachsenland. Die Möglichkeiten des Laviers, auf die gegenwärtig die japanische Politik eingestellt ist, könnten doch eines Tages erschöpft sein, und ohne eine russische Rückbedeutung auf dem asiatischen Festland wird die Tokioer Regierung kaum wagen dürfen, mit Aussicht auf Erfolg dem Angelsachsenland gegenüberzutreten. Wenn daher durch ein deutsch-russisches Zusammenschließen die Konsolidierung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in Asien gezeigt werden kann, so sollte man erwarten, daß auch Japan seinen Vorteil darin erblicken würde, denn je eher Asien auf die Beine geholfen wird, um so eher ruht auch für Japan der Augenblick heran, der es freier atmen läßt. Daß man in Tokio selbst nicht viel anders fühlt und denkt, geht daraus am besten hervor, daß die japanische Regierung sich dahin gedrückt hat, gerade ihr müsse an einem Einvernehmen mit Asien besonders viel liegen, und daß sie ihre Vertreter in Genua veranlaßt hat, in Verhandlungen über gewisse Bedingungen zur Aufnahme geregelter gegenseitiger Beziehungen einzutreten. Sicht man sich diese Bedingungen an, so kann man sie nach zwei Gesichtspunkten einteilen. Die einen — so die Anerkennung der vom zaristischen Asien, bei Japan durch Nichtbezahlung für geliefertes Kriegsmaterial gemachten Schulden, irgendeine Zugeständnis für die Ermordung der Japaner in Nikolajewsk im Jahre 1920 — wollen alle Streitpunkte beiseitigen und die Bahn zur vollen Verständigung freimachen. Die anderen Forderungen hinsichtlich der Amursschiffahrt, der Fischerei in den sibirischen Küstengewässern sollen Japan zwar gewisse Vorteile sichern, aber sie sollen der Moskauer Regierung auch deutlich machen, daß Japan mit seiner Randstaatenpolitik Schluss gemacht hat, doch es Moskau weiter als Herren in Sibirien anerkennt.

Deutlicher kann Japan wohl kaum zu erkennen geben, was ihm an der russischen Freundschaft liegt, und obwohl ihm die Freundschaft erst dann von Wert sein wird, wenn in Asien anderer Verhältnisse eingelebt sind, muß es die Herbeiführung dieser Änderung durch seine Unterschrift unter die Protestnote der Entente füllstlich ersuchen. Es rächt sich eben jetzt, daß Japan sich bei Kriegsbeginn der englischen Politik auf Gedeih und Verderb vertröstet. Aber gerade darum werden wir den japanischen Unterschrift unter die Protestnote der Alliierten weniger Bedeutung beizumessen haben, als den Verhandlungen, die zwischen der russischen und der japanischen Delegation in Genua gepflogen werden sollen. Kommt ein Einvernehmen zwischen Japan und Asien zustande, dann bedeutet das auch für uns und unsere russischen Beziehungen einen besonderen Fortschritt. Die ersten, wenn auch noch so bescheidenen Grundlagen für ein deutsch-russisch-japanisches Zusammensein sind dann gelegt, die Überlandverbindung zwischen Tokio und Berlin durch ein sowohl Deutschland wie Japan gleicherweise freundlich geschlossenes Asien kann anfangen, sich auch für uns in weltpolitischer und weltwirtschaftlicher Beziehung geltend zu machen. Wir haben durch die bitteren Erfahrungen des Weltkrieges lernen müssen, welchen schweren Fehler wir begingen, daß wir unter dem System Bethmann-Hollaender uns so wenig nach Osten hin zu orientieren verstanden, obwohl doch die geopolitischen Zusammenhänge ohne weiteres gegeben sind. Um so mehr werden wir jetzt alles tun müssen, um in dieser Richtung vorwärts zu kommen und die sich in Asien wie in Japan zeigenden Strömungen einer gleichen politischen Entwicklung zu unterstützen. Dazu gehört in erster Linie, daß wir nicht müde werden, den Japanern deutlich zu machen, wie sehr es doch in ihrem eigenen Interesse liegt, daß sie nicht nur im Stillen den Wiederaufbau Asiens und Deutschlands wünschen, sondern daß sie sich dazu auch in einer offeneren und ehrlicheren Form, als es bisher geschehen ist, befreien.